

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gerda Hasselfeldt, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Marlene Mortler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/5249 –**

Ländliche Räume durch eine moderne und innovative Landwirtschaft stärken und damit Arbeitsplätze sichern

A. Problem

Die Antragsteller stellen die herausragende Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft u. a. auf den Gebieten der Volkswirtschaft, des Arbeitsmarktes und des Umwelt- und Verbraucherschutzes fest.

Als Herausforderung für die deutsche Land- und Forstwirtschaft sehen die Antragsteller die zunehmende Globalisierung, den größeren innereuropäischen Wettbewerb im Zuge der EU-Osterweiterung und weitergehende Liberalisierungsschritte im Zusammenhang mit den WTO-Vereinbarungen.

Aus diesem Grund müsse dringend ein Aktionsprogramm für die deutsche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft initiiert werden, durch das ohne finanziellen Aufwand Maßnahmen zur Deregulierung und zum Bürokratieabbau geschaffen werden, damit die betroffenen Betriebe im internationalen Vergleich konkurrenzfähig bleiben.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird u. a. dazu aufgefordert, sich rechtlich und steuerlich den Vorgaben der EU anzugleichen, Einkommens- und Beschäftigungspotentiale in den betroffenen Bereichen und bei alternativen Einkommensquellen zu erhöhen, verlässliche Rahmenbedingungen für die Anwendung neuer Technologien und der Agrarforschung zu schaffen sowie die Interessen der wirtschaftenden Betriebe auf EU-Ebene besser zu vertreten.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/5249.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/5249 – abzulehnen.

Berlin, den 1. Juni 2005

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Marlene Mortler, Friedrich Ostendorff und Hans-Michael Goldmann

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 175. Sitzung am 12. Mai 2005 den Antrag auf Drucksache 15/5249 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller heben die Stellung der Land- und Forstwirtschaft in Deutschland hervor, da Deutschland zu den größten Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte in Europa gehöre und die Landwirtschaft durch ihre zentrale Bindegliedfunktion zu verschiedenen Sektoren einen Kernbereich der deutschen Wirtschaft mit erheblicher volkswirtschaftlicher Relevanz darstelle. Neben der bedeutenden Rolle, welche die Landwirtschaft auch im Bereich des Arbeitsmarktes für ganze Landkreise einnehme, sei sie ebenso für die Erhaltung der mitteleuropäischen Kulturlandschaft sowie für die Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln im Interesse des Verbrauchers unabdingbar.

Der Bundesregierung werfen die Antragsteller vor, durch mangelnde Abstimmung zu anderen Bereichen vorhandene Einkommens- und Beschäftigungspotentiale nicht vollständig auszunutzen. Durch nationale Alleingänge und verschiedene ideologisch motivierte Maßnahmen hätte sich die Wettbewerbssituation der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sogar verschlechtert, da z. B. im Vergleich zu anderen europäischen Ländern das EU-Recht in Deutschland durch schärfere Bestimmungen umgesetzt werde und Landwirte steuerlich benachteiligt wären. Zudem hätte die Regierung massive Einschnitte in die Agrarsozialgesetzgebung vorgenommen und den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland durch Blockaden bei der Gentechnik benachteiligt. Auf EU-Ebene gäbe es Verbesserungsbedarf, indem die Interessen der deutschen Landwirte, der Ernährungswirtschaft und der Verbraucher nachdrücklicher vertreten werden müssten, wie z. B. bei der Reform der EU-Zuckermarktordnung oder der Reform der ländlichen Entwicklung.

Als Herausforderung für die Land- und Ernährungswirtschaft sehen die Antragsteller die zunehmende Globalisierung, den größeren Wettbewerb in einer erweiterten EU und Liberalisierungsschritte bei den WTO-Verhandlungen. Um auch weiterhin im internationalen Vergleich konkurrenzfähig bleiben zu können und eine möglichst hohe Rentabilität mit modernen, leistungsfähigen Betrieben zu erreichen, brauche die deutsche Landwirtschaft ein Aktionsprogramm, mit dem geeignete Rahmenbedingungen für die neuen Herausforderungen geschaffen werden.

Die Bundesregierung wird daher u. a. dazu aufgefordert, Maßnahmen zur Deregulierung und zum Bürokratieabbau einzuleiten, die gesetzlichen und steuerlichen Vorschriften

den EU-weiten Vorgaben anzupassen, Einkommens- und Beschäftigungspotentiale im Forstbereich und bei alternativen Einkommensquellen zu erhöhen, verlässliche Rahmenbedingungen für die Anwendung neuer Technologien wie der Grünen Gentechnik und der Agrarforschung zu schaffen, die Interessen der wirtschaftenden Betriebe auf EU-Ebene besser zu vertreten sowie eine zielgerichtete Unterstützung des Agrar- und Ernährungssektors im internationalen Wettbewerb durch eine neue Exportförderoffensive einzuleiten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 94. Sitzung am 1. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 66. Sitzung am 1. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 64. Sitzung am 1. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 15/5249 in seiner 72. Sitzung am 1. Juni 2005 abschließend behandelt und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Die **Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwiesen auf die Notwendigkeit, dass sich Deutschland nicht abschirmen dürfe, sondern vielmehr im Rahmen der EU auf die Welthandelsrunde vorbereiten müsse. Im ländlichen Raum sei durch die Förderung nachwachsender Rohstoffe, der erneuerbaren Energien sowie der vor- und nachgelagerten Bereiche eine große Zahl neuer Arbeitsplätze geschaffen worden. Wertschöpfung sei im ländlichen Raum gehalten worden. Dies werde auch von den Landesbauernverbänden eingeräumt.

Notwendig sei eine Diversifikation. Durch die Gemeinsame Agrarpolitik seien im ländlichen Raum Tourismus, Kultur, ökologische Landwirtschaft und Denkmalschutz gefördert worden. Diese Bereiche schafften Arbeitsplatzpotentiale. Gleichzeitig sei die Marktwirtschaft gestärkt worden. Allein durch die ökologische Landwirtschaft seien bis zu 150 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Eine reine 1 : 1-Umsetzung der EU-Vorgaben würde, wie die

Bereiche Schweinemast und Hühnerhaltung zeigten, nicht zu neuen Arbeitsplätzen führen.

Die **CDU/CSU-Fraktion** plädierte demgegenüber dafür, die ländlichen Räume zu stärken und wettbewerbsfähiger zu machen, was die Bundesregierung verhindert habe. Durch den Strukturwandel unter der zuständigen Ministerin hätten sich die Lasten für die Landwirtschaft erhöht und die Betriebsaufgaben beschleunigt. So seien der Agrardieselseuersatz massiv verteuert und die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen gekürzt worden.

Die Fraktion sprach sich dafür aus, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Wettbewerb zu fördern. Nationale Alleingänge im Umweltschutz könne man sich nicht mehr leisten. Ziel seien verlässliche Rahmenbedingungen für die Landwirte.

Berlin, den 1. Juni 2005

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatlerin

Marlene Mortler
Berichterstatlerin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatler

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatler